

Die Sustainable Development Goals (SDGs) und die Post-2015-Agenda

Ziele für Armutsbekämpfung, inklusive Gesellschaften und Umweltschutz

Worum geht es?

Wie lassen sich Armut und Hunger weltweit bekämpfen? Mit dieser Frage befassten sich im Zeitraum von 2000 bis 2015 die acht so genannten Millennium-Entwicklungsziele (MDGs). Im Jahr 2000 von der UNO verabschiedet, bildeten die **MDGs 15 Jahre lang den Rahmen für Entwicklungsanstrengungen weltweit**. Die MDGs zielten unter anderem darauf ab, extreme Armut und Hunger in der Welt zu bekämpfen, Mütter- und Kindersterblichkeit zu reduzieren, Gleichstellung der Geschlechter zu fördern, Grundschulbildung zu garantieren sowie HIV, Malaria und andere schwere Krankheiten zu bekämpfen. Trotz ihres Beitrags zur weltweiten Entwicklung und Erfolgen in verschiedenen Bereichen konnten **zahlreiche Entwicklungsprobleme nicht gelöst** werden. Außerdem waren die Zielvorgaben zum Teil wenig ambitioniert und die MDGs blendeten mit ihrem Fokus auf soziale Entwicklung andere wichtige Bereiche aus. Angesichts wachsender sozialer Ungleichheit, andauernder und zunehmender Umweltzerstörung, sich verschärfendem Klimawandel sowie den Folgen von Finanz-, Wirtschafts- und Nahrungsmittelkrisen steht die Weltgemeinschaft weiterhin vor großen und zunehmenden Herausforderungen.

Die 17 Ziele nachhaltiger Entwicklung bis 2030 (Entwurf)

<https://sustainabledevelopment.un.org/content/documents/1579SDGs%20Proposal.pdf> (Deutsche Übersetzung)

- Ziel 1 Armut in jeder Form und überall beenden
- Ziel 2 Den Hunger beenden, Ernährungssicherheit und eine bessere Ernährung erreichen und eine nachhaltige Landwirtschaft fördern
- Ziel 3 Ein gesundes Leben für alle Menschen jeden Alters gewährleisten und ihr Wohlergehen fördern
- Ziel 4 Inklusive, gerechte und hochwertige Bildung gewährleisten und Möglichkeiten des lebenslangen Lernens für alle fördern
- Ziel 5 Geschlechtergerechtigkeit und Selbstbestimmung für alle Frauen und Mädchen erreichen
- Ziel 6 Verfügbarkeit und nachhaltige Bewirtschaftung von Wasser und Sanitärversorgung für alle gewährleisten
- Ziel 7 Zugang zu bezahlbarer, verlässlicher, nachhaltiger und zeitgemäßer Energie für alle sichern
- Ziel 8 Dauerhaftes, inklusives und nachhaltiges Wirtschaftswachstum, produktive Vollbeschäftigung und menschenwürdige Arbeit für alle fördern
- Ziel 9 Eine belastbare Infrastruktur aufbauen, inklusive und nachhaltige Industrialisierung fördern und Innovationen unterstützen
- Ziel 10 Ungleichheit innerhalb von und zwischen Staaten verringern
- Ziel 11 Städte und Siedlungen inklusiv, sicher, widerstandsfähig und nachhaltig machen
- Ziel 12 Für nachhaltige Konsum- und Produktionsmuster sorgen
- Ziel 13 Umgehend Maßnahmen zur Bekämpfung des Klimawandels und seiner Auswirkungen ergreifen
- Ziel 14 Ozeane, Meere und Meeresressourcen im Sinne einer nachhaltigen Entwicklung erhalten und nachhaltig nutzen
- Ziel 15 Landökosysteme schützen, wiederherstellen und ihre nachhaltige Nutzung fördern, Wälder nachhaltig bewirtschaften, Wüstenbildung bekämpfen, Bodenverschlechterung stoppen und umkehren und den Biodiversitätsverlust stoppen
- Ziel 16 Friedliche und inklusive Gesellschaften im Sinne einer nachhaltigen Entwicklung fördern, allen Menschen Zugang zur Justiz ermöglichen und effektive, rechenschaftspflichtige und inklusive Institutionen auf allen Ebenen aufbauen
- Ziel 17 Umsetzungsmittel stärken und die globale Partnerschaft für nachhaltige Entwicklung wiederbeleben

Aus diesem Grund wollen die Staats- und Regierungschefs aller UN-Mitgliedsstaaten im September 2015 einen neuen, deutlich umfangreicheren Zielkatalog verabschieden: die **Sustainable Development Goals (SDGs)**. Diese Ziele für nachhaltige Entwicklung werden wirtschaftliche, soziale und ökologische Fragen verbinden und damit deutlich über die MDGs hinausgehen. Der SDG-Entwurf besteht aus 17 Zielen und 169 Unterzielen. Die SDGs sollen ab 2016 bis 2030 verwirklicht werden. Sie bilden – gemeinsam mit (finanziellen) Mitteln und Umsetzungsmaßnahmen, Indikatoren zur Fortschrittmessung sowie Überprüfungsmechanismen – die so genannte **Post-2015-Agenda**.

Was haben Deutschland und die Bundesregierung damit zu tun?

Die SDGs sollen bis 2030 nachhaltige Entwicklung in wirtschaftlichen, sozialen und in ökologischen Fragen befördern. Die SDGs werden – im Gegensatz zu den MDGs – **für alle Länder weltweit gelten, also auch für Deutschland**. Dazu sollen die SDGs in nationale Ziele übersetzt werden. Dieser wichtige Schritt steht in Deutschland jetzt an.

Die breite Zielsetzung der SDGs macht deutlich, dass ihre Umsetzung weit über die Entwicklungspolitik hinausgehen und sich durch alle Politikbereiche ziehen muss. Neben der Umsetzung der SDGs **durch Deutschland** kommt es auf die Umsetzung **in Deutschland** an. Hier ist also die nationale Politik gefragt – z. B. mit Blick auf die SDGs zu Bildung, Armut, Ungleichheit, Produktionsmustern, Gleichberechtigung oder Umweltschutz.

Die Erarbeitung der SDGs und der Post-2015-Agenda ist seit 2013 ein wichtiger Schwerpunkt der deutschen UN-Politik. Die Bundesregierung bringt sich zum Beispiel intensiv in die internationalen Verhandlungen zu den SDGs ein und hatte die Post-2015-Agenda auf die Tagesordnung beim G7-Gipfel in Elmau gesetzt.

Wie will die Bundesregierung die SDGs umsetzen?

Die Bundesregierung hat in einem Kabinettsbeschluss im Dezember 2014 festgelegt, dass die Nationale Nachhaltigkeitsstrategie ein „wesentlicher Rahmen“ für die Umsetzung der SDGs in Deutschland werden soll. Die Nationale Nachhaltigkeitsstrategie wurde 2002 von der Bundesregierung beschlossen und seitdem einige Male überarbeitet. Die aktuelle

Indikatorenbereiche der Nationalen Nachhaltigkeitsstrategie (Stand 2012)

http://www.bundesregierung.de/Content/DE/Publikation/Bestellservice/2012-05-08-fortschrittsbericht-2012.pdf?__blob=publicationFile

I. Generationengerechtigkeit

1. Ressourcenschonung: Ressourcen sparsam und effizient nutzen
2. Klimaschutz: Treibhausgase reduzieren
3. Erneuerbare Energien: Zukunftsfähige Energieversorgung ausbauen
4. Flächeninanspruchnahme: Nachhaltige Flächennutzung
5. Artenvielfalt: Arten erhalten – Lebensräume schützen
6. Staatsverschuldung: Haushalt konsolidieren – Generationengerechtigkeit schaffen
7. Wirtschaftliche Zukunftsvorsorge: Gute Investitionsbedingungen schaffen – Wohlstand dauerhaft erhalten
8. Innovation: Zukunft mit neuen Lösungen gestalten
9. Bildung und Qualifikation kontinuierlich verbessern

II. Lebensqualität

10. Wirtschaftsleistung umwelt- und sozialverträglich steigern
11. Mobilität sichern – Umwelt schonen
12. Landwirtschaft: In unseren Kulturlandschaften umweltverträglich produzieren
13. Luftqualität: Gesunde Umwelt erhalten
14. Gesundheit und Ernährung: Länger gesund leben
15. Kriminalität: Persönliche Sicherheit weiter erhöhen

III. Sozialer Zusammenhalt

16. Beschäftigungsniveau steigern
17. Vereinbarkeit von Familie und Beruf verbessern
18. Gleichstellung in der Gesellschaft fördern
19. Integrieren statt ausgrenzen

IV. Internationale Verantwortung

20. Entwicklungszusammenarbeit: Nachhaltige Entwicklung unterstützen
21. Märkte öffnen: Handelschancen der Entwicklungsländer verbessern



Überarbeitungsrunde der Nationalen Nachhaltigkeitsstrategie läuft seit Kurzem, laut Kabinettsbeschluss sollen in diese Überarbeitung die SDGs einbezogen werden. Die überarbeitete Strategie soll im Laufe des Jahres 2016 vom Kabinett verabschiedet werden. Das heißt: Die **Nationale Nachhaltigkeitsstrategie soll aus Sicht der Bundesregierung das zentrale Instrument werden**, um festzulegen und zu überprüfen, welchen Beitrag Deutschland zur Umsetzung der SDGs leistet. Die Federführung für diesen Prozess liegt beim Kanzleramt. Die Bundesregierung plant ab Herbst 2015 eine **Reihe öffentlicher Konsultationsveranstaltungen** zur Überarbeitung der Nationalen Nachhaltigkeitsstrategie.

Was ist problematisch an den Plänen der Bundesregierung?

Die Indikatorenbereiche der Nationalen Nachhaltigkeitsstrategie verdeutlichen: Die Nationale Nachhaltigkeitsstrategie deckt bei Weitem nicht die Komplexität, Vielschichtigkeit und Bandbreite der SDGs ab. Trotz der aktuellen Überarbeitung bleibt somit unklar, wie die SDGs in der Nachhaltigkeitsstrategie abgebildet werden sollen und können. Es besteht die Gefahr, dass die Bundesregierung **nur wenige Teilbereiche der SDGs** tatsächlich umsetzen will. Denn weitere, ambitioniertere Pläne für eine SDG-Umsetzung gibt es innerhalb der Bundesregierung momentan nicht. Eine Beschränkung auf wenige prioritäre SDG-Teilbereiche entspricht allerdings weder dem Ambitionsniveau der SDGs, noch wird sie der Verantwortung Deutschlands für Armutsbekämpfung und Umweltschutz gerecht. Dazu kommt, dass die Nationale Nachhaltigkeitsstrategie von vielen zivilgesellschaftlichen Akteuren als „**zahnloser Tiger**“ eingeschätzt wird. Sie hat bislang kaum Auswirkungen auf die Politik in Deutschland und ist in Strukturen mit wenig politischer Durchschlagskraft eingebettet.

Warum ist das für die Zivilgesellschaft relevant?

Die Umsetzung der SDGs in und durch Deutschland erfordert Veränderungen in einer ganzen Reihe von Politikbereichen. Diese Veränderungen und damit eine **umfassende Umsetzung der SDGs in und durch Deutschland** einzufordern, ist **gemeinsame Aufgabe der Zivilgesellschaft**. Deutschland ist noch lange nicht nachhaltig: Unser ökologischer Fußabdruck, unser Rohstoff- und Energieverbrauch ist viel zu hoch. Ungleichheit und soziale Ungerechtigkeit nehmen auch in Deutschland zu. Welche Anforderungen stellen vor diesem Hintergrund die SDGs an die deutsche Politik? Die Zivil-

gesellschaft ist mit ihrer kritischen Stimme ein wichtiger Garant dafür, dass die SDGs in und durch Deutschland tatsächlich umgesetzt werden.

Gleichzeitig ist die anstehende SDG-Umsetzung auch eine Chance für die deutsche Zivilgesellschaft. Ihre Arbeit etwa in der Umwelt- und Entwicklungspolitik, in der Sozial-, Bildungs-, Menschenrechts- oder Asylpolitik können mit den SDGs verknüpft werden und dadurch neue Aufmerksamkeit erhalten. Außerdem bietet sich die Chance, **über verschiedene Sektoren und Arbeitsbereiche hinweg gemeinsam aktiv zu werden** und so mehr Schlagkraft zu erzielen.

Klar ist: Vertreterinnen und Vertreter der deutschen Zivilgesellschaft müssen in die Erarbeitung einer SDG-Umsetzungsstrategie einbezogen werden, dafür fordern wir einen **substanziellen, transparenten und demokratischen Prozess**. Entsprechende Beteiligungsstrukturen sind bislang jedoch kaum ausgeprägt und beschränken sich weitestgehend auf Akteure aus dem Entwicklungs- und Umweltbereich. Aufgrund der Bandbreite der SDG-Themen und einer breit aufgestellten deutschen Zivilgesellschaft reicht dies nicht aus.

Herausgeber und Kontakt

Forum Umwelt und Entwicklung

Marienstr. 19–20
10117 Berlin
info@forumue.de
www.forumue.de
030 678 17 7575

Stand: Juli 2015

Das Forum Umwelt und Entwicklung koordiniert die Aktivitäten deutscher NGOs in internationalen Politikprozessen zu nachhaltiger Entwicklung. Rechtsträger ist der Deutsche Naturschutzring, Dachverband der deutschen Natur- und Umweltschutzverbände e. V. (DNR).

Fotohinweis: © sanjitbakshi, licensed under a Creative Commons Attribution 4.0 International License:
<http://creativecommons.org/licenses/by/4.0/legalcode>

Dieses Projekt wurde gefördert von



Die Verantwortung für den Inhalt dieser Veröffentlichung liegt bei den AutorInnen.